

Schöpferkraft des Volkes entfalten

Volkskammerpräsident Dr. h. c. Dieckmann auf dem Juristen-Symposium: Sozialistische Rekonstruktion nicht auf ökonomische Aufgaben beschränken

Als „Beitrag, unseren Staat als Hauptinstrument der revolutionären Umgestaltung wirksam werden zu lassen“ formulierte Prof. Dr. Arndt die Zielsetzung des zweitägigen internationalen Symposiums der Juristischen Fakultät der Karl-Marx-Universität, das am 16. und 17. Oktober im Richard-Wagner-Saal des Zoo veranstaltet wurde. Die Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus der Sowjetunion, aus Polen, Ungarn,

Führung ihre marxistisch-leninistische Partei zur revolutionären Umgestaltung der Ökonomie ist. Als Voraussetzung für diese Umwälzung bezeichnet Prof. Dr. Such die materielle und rechtliche Befreiung der Arbeit von der kapitalistischen Ausbeutung und deren geistig-moralischen Fesseln, indem unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht das sozialistische Bewußtsein auch mit Hilfe neuer Rechtsnormen entwickelt, setzt sie die

ung der Arbeitsproduktivität ist.

Dieser dialektische Zusammenhang zwischen Politik, Ökonomie und Technik wurde im zweiten Teil des Referats am Beispiel konkreter Fragen der staatlichen Leitung in den sozialistischen Betrieben, den Vereinigungen Volkseigener Betriebe und den Wirtschaftsräten der Bezirke bzw. den Plankommissionen des Kreises dargestellt. Dabei wurde deutlich gemacht, daß sich das Gesetz über die Vereinfachung und Vervollkommnung der Arbeit des Staatsapparates nicht im Selbstlauf durchsetzt, sondern in der Auseinandersetzung mit revisionistischen Auffassungen ständig mit neuem Inhalt erfüllt werden muß. Nur dann kann es als rechtlich fixierte Notwendigkeit in der gesellschaftlichen Praxis wirksam werden. Diesen Übergang von bloß organisatorischen Veränderungen zur ideologischen Offensive bezeichnete Prof. Dr. Such als erste Aufgabe für die Leitung der Industrie durch Staat und Recht, als Grundlage für das Freisetzen der schöpferischen Kräfte aller Werktätigen.

Ein Bestätigung für diese These des Referats gab Prof. Dr. Pedrow in seinem Diskussionsbeitrag, der die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion behandelte und am Beispiel der Übergabe staatlicher Funktionen an Massenorganisationen nachwies, daß der Bewußtseinsbildung entscheidende Bedeutung für den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft zukommt. Auch Prof. Dr. Kozuchoff, Professor für Zivilrecht an der Juristenfakultät zu Sofia, berichtete, daß die bulgarische Wirtschaft nur deshalb zur erweiterten sozialistischen Reproduktion und zur Reorganisation der Verwaltung übergehen konnte, weil sich die sozialistische Einstellung zur Arbeit immer breiter entfaltet.

Mit Nachdruck wies der Präsident der obersten Volksvertretung unserer Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, in seinem Beitrag auf zwei wesentliche Momente für das Mobilisieren der Schöpferkraft aller Werktätigen hin: „Das Spezifikum unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht ist der Blockgedanke, der Gedanke der Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte. Das ist für Deutschland etwas unerhörtes Neues, Revolutionäres. In diesem Zusammenhang kann die entscheidende

Rolle der Volksvertretungen für unsere ökonomische Entwicklung gar nicht genug betont werden.“

Dr. Dieckmann führte weiter aus, daß die sozialistische Rekonstruktion nicht auf ökonomische Aufgaben beschränkt bleiben kann, sondern auch Verwaltung und Justiz erfassen muß, um optimal wirksam zu werden. Diesem Gedanken entsprach die Forderung Dr. Dornbergers von der Martin-Luther-Universität Halle, der in seinen vielbesprochenen Darlegungen eine weitere Entwicklung der ideologischen Funktion des sozialistischen Rechts verlangte. Mit scharfen Worten kritisierte er die Förderung betriebsgesellschaftlicher Bestrebungen durch zahlreiche Justitiare, die damit ihren bewußtseinsbildenden Aufgaben in keiner Weise gerecht werden. Die Konferenz orientierte die Justitiare und die anderen Vertreter der Praxis auf das Durchsetzen der sozialistischen Bewußtheit, deren zwei untrennbar verbundene Seiten — die staatliche Leitung und die schöpferische Initiative der Werktätigen — Professor Dr. Wolf, Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität, herausgearbeitet. Er legte dar, daß unsere Rechtsnormen in erster Linie durch eine prophylaktisch-erzieherische Arbeit verwirklicht werden müssen.

Als ein konkretes Mittel dazu

fürte Prof. Dr. Flicke von der Hochschule für Ökonomie Karlshorst die Vorbereitenden Verträge an. Mit dieser rechtsgültigen Form soll die sozialistische Organisation der Arbeit entwickelt und eine kontinuierliche Produktion erreicht werden. An einem ähnlichen Beispiel — den Kapazitätsverträgen — erläuterte Prof. Dr. Dr. Knapp, Direktor des Rechtsinstituts der Akademie der Wissenschaften zu Prag, daß es in der CSR ähnliche Probleme zu lösen gilt. Auch Prof. Dr. Beer, Leiter der Abteilung Staatsrecht der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, betonte die Gleichheit der Aufgabenstellung für die Staats- und Rechtswissenschaft der sozialistischen Länder und regte eine weitere Zusammenarbeit an.

Zweifellos wird diese, wie auch die auf der Konferenz geforderte ständige Verbindung der Wissenschaftler der Institute zu ihren Kollegen in den Betrieben das klare Erkennen der notwendigen Wende in der Leitung unserer Industrie durch Staat und Recht fördern. Wenn sich einige Diskussionsredner auch noch auf rein wirtschaftlich-organisatorische Fragen beschränkten, so zeigte die gesamte Konferenz dennoch eindeutig den Weg für die künftige Arbeit der Staats- und Rechtswissenschaftler unserer Republik: Sie müssen, ausgehend von den Beschlüssen der Babelsberger Konferenz und auf der Grundlage der objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung das sozialistische Bewußtsein als Haupttriebkraft unserer revolutionären Umgestaltung weiterentwickeln und dadurch den demokratischen Zentralismus voll verwirklichen helfen. I. D.



Zu den zahlreichen ausländischen Teilnehmern des Landwirtschafts-Symposiums gehörten auch die schwedischen Professoren Dr. Georg Winsler und Dr. Gösta Sundström. Foto: Thieme-Leske

Bulgarien und der CSR, darunter Prof. Dr. Pedrow, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Leningrad, und Prof. Dr. Knapp, Direktor des Rechtsinstituts der Akademie der Wissenschaften Prag, unterstrich die außerordentlich aktuelle Bedeutung des Themas der Konferenz „Die Rolle des Staates und des Rechts bei der Leitung der Industrie in der DDR“ für alle sozialistischen Länder.

In seinem breit angelegten Referat ging Nationalpreisträger Prof. Dr. Such, Dekan der Juristischen Fakultät, von der Aufgabenstellung des V. Parteitages der SED aus, den Sozialismus in der DDR zum Siege zu führen. Anhand aktueller Probleme der staatlichen Leitung der Industrie und der Rolle des sozialistischen Rechts wies der Referent im ersten Teil seiner Ausführungen nach, daß der sozialistische Staat das Hauptinstrument der Arbeiterklasse unter

objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung durch, entfaltet sie die Masseninitiative als Triebkraft der ständigen Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Prof. Dr. Such betonte, daß bei der Einbeziehung breiter Kreise der Werktätigen in die Leitung und Lenkung der Industrie, die einen Wesenszug des demokratischen Zentralismus ausmacht, den Brigaden der sozialistischen Arbeit und den sozialistischen Gemeinschaften gegenwärtig die entscheidende Rolle zukommt. Dabei entwickelt sich auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und im Zusammenhang mit der fortschreitenden sozialistischen Kooperation der Arbeiter-ingenieurtechnischen Typs als Träger der sozialistischen Rekonstruktion, die ihrerseits Voraussetzung für die zur Lösung unserer ökonomischen Aufgaben erforderliche Steige-

Die Argumente des Herrn Dr. Hesselbach und die westzonale Wirklichkeit

Aus einem Diskussionsbeitrag von Genossen Dr. Wagner auf dem Landwirtschafts-Symposium

Ich habe das Referat von Herrn Dr. Hesselbach mit großem Interesse aufgenommen. Herr Dr. Hesselbach möge entschuldigen, wenn ich seine Ausführungen nicht ganz verstanden haben sollte, aber mir scheint, daß zwischen seinem Referat und der Wirklichkeit in der Bundesrepublik ein tiefer Widerspruch besteht.

Gestatten Sie mir, daß ich versuche, dies an zwei Fragen zu zeigen. Zur ersten Frage: Nach Herrn Dr. Hesselbach gibt es in der Bundesrepublik zwar keine optimale Betriebsgröße, aber das höchste Arbeitseinkommen haben die Betriebe zwischen 10 und 20 Hektar. Mit anderen Worten heißt das, daß diese Betriebe im Arbeitseinkommen — und das ist ja nach Herrn Hesselbach für die Bundesrepublik der Maßstab — den Großbetrieben überlegen sind. Wenn dem wirklich so wäre, dann müßten doch alle agrarpolitischen Maßnahmen in der Bundesrepublik darauf gerichtet sein, auf weite Sicht viele solcher Betriebe zu schaffen. Aus den Grünen Brüdern und der offiziellen Agrarstatistik müßte demnach zu sehen sein, daß eine ständige Verkleinerung der Betriebe auf dem Großengruppen über 20 Hektar im Gange ist, denn man kann doch wohl nicht annehmen, daß sich die Inhaber großer Betriebe mit einem kleineren Arbeitseinkommen abfinden als die Kleinbetriebe.

Das Gegenteil ist aber der Fall. Die Durchschnittsgröße der Betriebe wird immer größer und zwar auf Kosten der kleineren. Es versteht sich von selbst, daß das natürlich zunächst in der Betriebsgruppe unter 10 Hektar am augenfälligsten ist.

Ich weiß nicht, auf welche Zeit und welches Gebiet in der Bundesrepublik sich die Zahlen von Herrn Dr. Hesselbach beziehen, die er in seinem Referat über die Aufgabe von Kleinbauernwirtschaften nannte. Ich glaube er spricht von zehn bis zwanzigtausend. Nach der offiziellen Statistik der Bundesregierung haben seit 1949 196.000 bäuerliche Betriebe unter 10 ha aufgehört zu existieren. Das ist ein selbst für kapitalistische Verhältnisse unerhörtes Tempo. Der

Universitätszeitung, 22. 10. 1959, S. 4

selbe Differenzierungsprozeß geht aber auch in den Betrieben zwischen 10 und 20 Hektar vor sich. Während sich auf Kosten der Betriebe unter 10 Hektar neue zwischen 10 und 20 Hektar bilden, nimmt die Zahl der Betriebe über 20 Hektar wiederum auf Grund des Differenzierungsprozesses zwischen 10 und 20 Hektar ständig zu. Parallel dazu wird die Zahl der sogenannten Nebenerwerbsbetriebe immer größer. Diese Tatsachen entsprechen genau dem Tenor aller in dieser Hinsicht wichtigen agrarpolitischen Veröffentlichungen sowohl in der Fach- als auch in der Tagespresse. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die vorletzte Tagung der Agrarsozialen Gesellschaft — deren Geschäftsführer ja hier unter uns wohnt — im Frühjahr dieses Jahres in Bad Tölz. Dort wurde die zukünftige Mindestbetriebsgröße eines landwirtschaftlichen Betriebes im Rahmen der EWG — ein Faktor, den Herr Dr. Hesselbach überhaupt nicht berücksichtigt hat — mit 30 Hektar beziffert. Herr Bauknecht aus dem Präsidium des westdeutschen Bauernverbandes erklärte vor kurzem auf dem Bauerntag in Landau, daß in den nächsten Jahren etwa 400.000 Betriebe gezwungen sein werden, aufzugeben.

Das ist die Wirklichkeit und wenn dem nicht so wäre, dann würde die Bundesrepublik eine Ausnahme unter allen westlichen kapitalistischen Ländern darstellen, und das kann ich nicht glauben. Zusammenfassend möchte ich also zur ersten Frage feststellen: Es widerspricht dem Leben, wenn Dr. Hesselbach sagte, daß die Betriebe zwischen 10 und 20 Hektar das höchste Arbeitseinkommen haben, während auch in der Bundesrepublik die Durchschnittsgröße der Betriebe ständig wächst. Das Arbeitseinkommen kann sich nicht auf die Dauer im umgekehrten Verhältnis zu Betriebsgröße verhalten.

Zur zweiten Frage: Die Methode, nach der Herr Dr. Hesselbach den Betrieben zwischen 10 und 20 Hektar ein höheres Arbeitseinkommen errechnet, hält einer wissenschaftlichen Prüfung nicht stand. Alle Faktoren,

die dem 10. bis 20-Hektar-Betrieb das höhere Arbeitseinkommen gegenüber den größeren Betrieben garantieren, werden „unterstellt“. Auch hier besteht ein Widerspruch zur Wirklichkeit.

Das fängt schon damit an, daß — wie Herr Dr. Hesselbach selbst sagte — in der Bundesrepublik etwa 80 Prozent aller Betriebe unter 10 Hektar groß sind. Selbstverständlich werden im Verlaufe des Differenzierungsprozesses viele neue Betriebe zwischen 10 und 20 Hektar entstehen, aber die geschichtliche Erfahrung lehrt, wie ich schon vorher versucht habe deutlich zu machen, daß dieser Prozeß bei 20 Hektar nicht aufhört.

Meines Erachtens ist es weiterhin unzulässig, für Betriebe zwischen 10 und 20 Hektar bei wissenschaftlichen Untersuchungen den gleichen Mechanisierungsgrad vorauszusetzen. Die These von Herrn Dr. Hesselbach, daß die Großbetriebe von der Mechanisierung gegenüber den Kleinbetrieben keine Vorteile haben, ist von Herrn Prof. Dr. Rosenkranz bereits so überzeugend widerlegt worden, daß ich dazu nichts mehr zu sagen brauche. Unzulässig ist es meiner Meinung nach ebenfalls, für die Betriebe zwischen 10 und 20 Hektar den gleichen Arbeitskräftebesatz je 100 Hektar wie für die großen zu unterstellen.

Selbst bei gleichem Anbauverhältnis wird der Arbeitskräftebesatz in größeren Betrieben immer niedriger sein, da er mit der modernen Technik produktiver arbeitet.

Herr Dr. Hesselbach setzt bei seinen Untersuchungen offensichtlich voraus, daß die Betriebe zwischen 10 und 20 Hektar mit dem von ihm errechneten Arbeitseinkommen gleichmäßig gut geleitet werden. Auch das steht im Widerspruch zur Wirklichkeit.

Zusammenfassend möchte ich also zur zweiten Frage sagen: Der von Herrn Dr. Hesselbach untersuchte Familienbetrieb zwischen 10 und 20 Hektar bleibt für das Leben ein Wunschfamilienbetrieb. Er ist konstruiert und trägt nicht der ökonomischen Entwicklung Rechnung.

Rundtischgespräch mit Prof. Dr. Kedrow



Sektor Dialektischer Materialismus hat einen Plan ausgearbeitet, der als Richtschnur für die kollektive Forschung in den nächsten Jahren dienen soll.

Prof. Dr. Kedrow erwähnte ferner Einzelthemen, die von bestimmten Wissenschaftlern bearbeitet werden. Dabei ging er auf das Problem der Systematisierung des dialektischen Materialismus sowie auf die Grenzen und Bedeutung der Kybernetik ein. Er betonte, daß der Marxismus-Leninismus im Gegensatz zum Hegelschen System, bei dem sich eine Kategorie aus der anderen entwickelt, die Systematik, den Zusammenhang der Begriffe und die Logik ihrer Aufeinanderfolge als die Widerspiegelung des Zusammenhangs zwischen den Erscheinungen der objektiven Realität betrachte. Es ergeben sich also nicht die komplizierten Kategorien aus den einfachen, sondern beide Gruppen ergeben sich aus der objektiven Realität, spiegeln sie direkt wider.

Sechsbändige „Geschichte der Philosophie“

Prof. Dr. Kedrow setzte die Leipziger Genossen davon in Kenntnis, daß in der Sowjetunion der 3. Band der „Geschichte der Philosophie“ (russ.) erschienen ist und im November der 4. Band ausgeliefert wird, der die Herausarbeitung des dialektischen und historischen Materialismus durch Marx und Engels beinhaltet. In der ersten Hälfte kommenden Jahres werde der 5. Band folgen (die Philosophie im Imperialismus bis zur Oktoberrevolution); der 6. und letzte Band schließlich werde die moderne Philosophie nach der Oktoberrevolution zum Gegenstand haben. Ferner werde an einer dreibändigen philosophischen Enzyklopädie gearbeitet.

Schorlemmer-Manuskript gefunden

Anschließend entspann sich ein reges Gespräch, bei dem die Auseinandersetzung mit dem Neothomismus, Fragen der Ethik und der atheistischen Propaganda sowie der Gegenstand der dialektischen Logik erörtert wurden. Auch Prof. Dr. Kedrow hatte Fragen auf dem Herzen. Er interessierte sich vor allem für die Arbeit, die in der DDR auf dem Gebiet der materialistischen Traditionen in der deutschen Naturwissenschaft geleistet werden. Er machte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß in Manchester ein umfangreiches Manuskript über die materialistische Linie in der Geschichte der Naturwissenschaft aus der Feder des deutschen Chemikers Karl Schorlemmer (eines engen Freundes von Marx und Engels, der seit 1871 Professor am Owen College in Manchester war) gefunden wurde, das für die Ausarbeitung der Geschichte der Naturwissenschaften große Bedeutung besitzen dürfte.

G. B.

Plan für die kollektive Forschung

Prof. Dr. Kedrow legte den Stand der Forschung im Sektor Dialektischer Materialismus dar, den er in der Akademie der Wissenschaften leitet. Man habe sich zum Ziel gestellt, umfangreiche Arbeiten über den Komplex „Dialektik — Logik — Erkenntnistheorie“ durchzuführen. Allerdings habe sich bislang ein großer Teil der Philosophen in Zusammenhang mit der propagandistischen Arbeit in erster Linie dem historischen Materialismus und zum Teil auch der Geschichte der Philosophie gewidmet, so daß im Augenblick ein gewisse Zurückbleiben der Forschung auf dem Gebiet des dialektischen Materialismus festzustellen ist. Darüber hinaus sei lange Zeit die Auffassung verbreitet gewesen, daß alle Fragen des dialektischen Materialismus bereits erschöpfend geklärt sind, was nicht der Fall sei. Es gäbe noch viele Teilfragen zu lösen. Das Philosophenkollektiv im